



<https://biz.li/405i>

"DIGITALISIERUNG MIT HINDERNISSEN BEI AHA": GRUPPE CDU/FDP KRITISIERT NEUE REGELUNG FÜR GEBÜHRENEINZUG

Veröffentlicht am 20.01.2025 um 17:39 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

Die Gruppe CDU/FDP zeigt sich verwundert über die jüngste Entscheidung des kommunalen Abfallentsorgers aha, den Gebühreneinzug über SEPA-Lastschriftmandate künftig ausschließlich digital abzuwickeln. „Damit werden all jene Bürgerinnen und Bürger, die nicht über die technischen Möglichkeiten oder das Know-how verfügen, faktisch von der Teilnahme am Last-schriftverfahren ausgeschlossen“, so die Gruppe.

„Es gibt zahlreiche Menschen, die nicht digital versiert sind – vor allem ältere Bürgerinnen und Bürger, die unter Umständen auch keine Angehörigen in der Nähe haben, die ihnen dabei helfen könnten. Diese Regelung ist ein klarer Rückschritt bei der Barrierefreiheit“, kritisiert Bernward Schlossarek, Gruppenvorsitzender der CDU/FDP in der Regionsversammlung und stellt sich damit auf die Seite des Seniorenbeirates.

Der Verweis von aha, dass Betroffene sich an eine „Person ihres Vertrauens“ wenden sollen, zeigt nach Ansicht der von CDU/FDP wenig Verständnis für die Lebensrealität vieler Menschen. Für die Gruppe ist es nicht akzeptabel, dass Menschen in der Region Hannover, die technisch oder organisatorisch nicht in der Lage sind, die geforderten Schritte digital umzusetzen, einfach außen vorgelassen und damit ausgegrenzt werden.

„Ein bunter Flyer und ein flotter Slogan können nicht darüber hinwegtäuschen, dass hier Menschen unnötig ausgeschlossen werden. Für ein kommunales Unternehmen, dass sich sonst damit rühmt kundenorientiert zu informieren und bei Bedarf zu helfen, ist es ein Unding hier keine analoge Alternative anzubieten“, betont Schlossarek.

Die Gruppe CDU/FDP fordert aha auf, im Rahmen eines einmaligen Übergangszeitraumes alternative Möglichkeiten zur Erteilung der SEPA-Lastschriftmandate zu schaffen – beispielsweise über den postalischen Weg oder durch persönliche Unterstützung in einem Servicebüro. „Eine bürgernahe und barrierefreie Lösung ist gerade für ein kommunales Unternehmen unerlässlich. Es darf keine Gruppe von der Teilhabe am SEPA-Lastschriftverfahren ausgeschlossen werden, nur weil sie nicht digital fit ist“, erklärt Schlossarek abschließend.